

Liebe Leserinnen und Leser,

„ob aus humanitären, aus entwicklungspolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen oder auch aus Gründen des Eigeninteresses – die Ausbreitung von Krankheiten einzudämmen, ist notwendig. Wir haben als Staatengemeinschaft dafür eine gemeinsame Verantwortung“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai dieses Jahres in Berlin. Nicht nur dieses Zitat zeigt: Aufbau und Schutz einer globalen Gesundheitsarchitektur rücken zunehmend in den Fokus der internationalen Staatengemeinschaft und Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Das betont auch Ilona Kickbusch in ihrem Zwischenruf zu dieser Ausgabe. Trotz aller positiven Entwicklungen sei es dringend nötig, in diesem Feld noch mehr zu investieren und auch die eigenen Aktivitäten besser zu koordinieren. Auch hier ist gemeinsames europäisches Engagement gefordert, wie Daniela Braun in ihrem Beitrag zum Stand europäischer Gesundheitssicherheit zeigt. Nur gemeinsam und auf EU-Ebene lassen sich viele der globalen Gesundheitsrisiken wie Pandemien rechtzeitig erkennen und eindämmen. Die bisherigen Mechanismen der EU sind zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, jedoch bedarf es einer konstanten Festigung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen.

Letztlich zahlt sich die weltweite Stärkung von Gesundheitssystemen für alle Länder aus, argumentiert auch Christopher Elias im darauffolgenden Interview. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure müssen mit Vertretern der Wirtschaft zusammenarbeiten, um zu garantieren, dass gerade auch in Entwicklungs- und Schwellenländern die medizinische Grundversorgung gewährleistet ist. In eben diesen Ländern, so Peter Hefele, spüren die Menschen den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Gesundheit am stärksten. Klimatische Veränderungen haben sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Daher ist es wichtig, eine klimaresiliente Gesundheitspolitik global noch stärker in den Blick zu nehmen.

Wir sehen bei einem Blick in konkrete Schwellen- und Entwicklungsländer, wie staatliches Versagen das Risiko der Ausbreitung von Epidemien und Pandemien erhöht. Während die HIV-Krise in Südafrika trotz bedeutender Defizite und aktueller Zunahme von Neuinfektionen mehr oder weniger unter Kontrolle zu sein scheint, wie Michaela Braun schreibt, ist die Ebola-Krise in der Demokratischen Republik Kongo, über die Benno Müchler berichtet, akuter denn je. In beiden Fällen kann man staatliches Versagen als eines

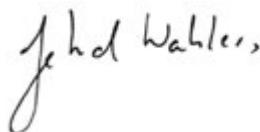
der Hindernisse für die erfolgreiche Bekämpfung der Krankheiten sehen. Die internationale Staatengemeinschaft muss hieraus ihre Lehren ziehen und proaktiv Mechanismen entwickeln, die durch Stärkung von Strukturen vor Ort lokale Krisen eindämmen und eine überregionale Ausbreitung verhindern.

Auch Veronika Ertl und Martina Kaiser sehen die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, den Aufbau und Erhalt geeigneter lokaler Strukturen zu unterstützen, um globale Nachhaltigkeitsziele im Bereich Gesundheit zu erreichen. Diese Ziele, die den Faktor Gesundheit miteinbeziehen, sind in fragilen und von Konflikt geprägten Staaten wie Venezuela und Jemen allerdings besonders schwer umzusetzen.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren im Bereich der Globalen Gesundheit international Verantwortung übernommen. Die Bundeskanzlerin und ihre Gesundheitsminister Hermann Gröhe und Jens Spahn haben das deutsche Engagement in diesem Politikfeld erheblich gesteigert. Zweifelsohne haben alle Weltregionen unterschiedliche gesundheitspolitische Aufgaben zu bewältigen. Da die Welt jedoch durch den regen Austausch von Menschen und Waren zusammen gewachsen ist, lassen sich die Folgen globaler Gesundheitsrisiken nicht auf einzelne Regionen begrenzen. Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen deutlich, dass letztlich alle Länder ihre Zusammenarbeit im Gesundheitssektor intensivieren müssen. Nur so kann die Gesundheit aller Menschen weltweit effektiv verbessert werden. Deutschland kann mit seinem Know-how, seiner Innovationsfähigkeit, weiterhin internationale Verantwortung übernehmen, die im eigenen Interesse liegt: Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Abbau von Fluchtursachen, für Sicherheit, Demokratie und ein würdevolles Leben.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Gerhard Wahlers". The signature is fluid and cursive, with "Gerhard" on top and "Wahlers" below it, separated by a comma.

---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).